

Positionspapier Netzwerk Friedensbildung NRW

(Endgültige Version vom 27.03.2012)

Das Netzwerk Friedensbildung NRW setzt sich ein für die Friedensbildung an den Schulen in Nordrhein-Westfalen. Ziel ist es, den Gedanken der Völkerverständigung, die Wege und Methoden der zivilen Bearbeitung von Konflikten, der Abrüstung und der Beseitigung von Kriegsursachen Schülerinnen und Schülern nahe zu bringen. Ebenso soll die Darstellung der schrecklichen Auswirkungen kriegerischer Handlungen, der Verschwendung wertvoller Ressourcen durch die Rüstung und der somit fehlenden Mittel für die Lösung der drängenden Menschheitsprobleme wie Hunger, wirtschaftliche Ungleichheit und Umwelt- und Klimabedrohung Gegenstand der Friedensbildung sein. Auch die kritische Auseinandersetzung mit einem vorherrschenden erweiterten Sicherheitsbegriff, mit dem unterschiedslos verschiedenste Bedrohungen von Staaten und Gesellschaften vermischt werden und daraus die Notwendigkeit militärischer Maßnahmen abgeleitet wird, gehört zum Inhalt von Friedensbildung.

In den über zwanzig Jahren seit Ende des Kalten Krieges ist die Anwendung militärischer Gewalt in Staaten und der Krieg zwischen Staaten in anderer Weise zum Mittel der Politik auch der westlichen Industriestaaten geworden. Häufig noch mit humanitären Begründungen bemäntelt, wird wieder zunehmend der Einsatz des Militärs zur Erreichung wirtschaftlicher und strategischer Ziele geplant. Die Bundeswehr wird zu einer Armee umstrukturiert, deren erklärtes Ziel der internationale Einsatz, also die weltweite Kriegsführung ist. Deutschland steht mit an der Spitze der Rüstungsexportationen, durch deren Handel mit Waffen Gewalt und Kriege in der Welt erst ermöglicht werden. Die Rüstungsausgaben sind weltweit wieder auf das Niveau des Kalten Krieges gesteigert worden, führend sind dabei die Staaten der NATO. Durch öffentliche Zeremonien und Auftritte der Armee wird die Normalisierung des Militärischen innerhalb der Gesellschaft angestrebt. In diesem Zusammenhang ist das Bestreben der Bundeswehr, die Schule als Raum der Werbung für eine militärorientierte Außenpolitik und für den Dienst in der Armee zu nutzen, kritisch zu bewerten.

Vor diesem Hintergrund sehen die Mitglieder des Netzwerkes es als dringliche Aufgabe an, Schülerinnen und Schülern Alternativen zu dieser negativen Entwicklung aufzuzeigen und ihnen als Staatsbürger auf friedensethischer Grundlage ein umfassendes Urteil über außen- und sicherheitspolitische Fragen zu ermöglichen. Grundlage dafür sind die Vorgaben der Landesverfassung und des Schulgesetzes von NRW, in denen die Erziehung der Schülerinnen und Schüler zur „Völkergemeinschaft“ und zur „Friedensgesinnung“ festgelegt sind.

Die angestrebte Friedensbildung baut auf einem konstruktiven Programm auf, mit dem Wissen über die Ursachen von Gewalt und Kriegen sowie über zivile/gewaltfreie alternative Maßnahmen zur Bearbeitung von zwischen- und innerstaatlichen Konflikten vermittelt werden soll. Schülerinnen und Schüler sollen befähigt werden, sich kritisch mit der vorherrschenden Sicherheitslogik einschließlich der Befürwortung von Krieg auseinanderzusetzen. Sie sollen befähigt werden eigenständig die Argumente für eine zivile Friedenspolitik vorzutragen. Dazu gehört die Vermittlung von Kenntnissen über Zusammenhänge zwischen Gewalt, Krieg, wirtschaftlichen und Machtinteressen, Nationalismus, Rassismus, religiösen Vorurteilen u. a. Aspekten. Zielführend ist das Eintreten für einen Frieden in Gerechtigkeit, der die Überlebensinteressen aller Menschen und unserer Erde berücksichtigt.

Die im Netzwerk Friedensbildung NRW zusammengeschlossenen Organisationen arbeiten zur Erreichung der oben beschriebenen Ziele vorrangig in folgenden Arbeitsfeldern zusammen:

- Vermittlung geeigneter Referenten/innen, die Friedensbildung in den Schulunterricht einbringen können.

- Weiterqualifizierung dieser Referenten/innen durch das Angebot entsprechender Bildungsmaßnahmen.
- Überarbeitung und Aktualisierung vorhandener und gegebenenfalls Erstellung neuer Unterrichtsmaterialien.

Zur Umsetzung dieser Aufgaben sucht das Netzwerk die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren wie z.B. Gewerkschaften, der LSV und der Elternvertretung.

Das Netzwerk sucht in Kontakt mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung nach geeigneten Wegen, seine Angebote den Schulen in NRW optimal anzubieten. Dabei nimmt es Bezug auf den Erlass „Beteiligung von Organisationen der Friedensbewegung am Unterricht“ vom 29.09.2011. Kritisch sieht es allerdings, dass der Erlass die Beteiligung von Friedensbewegungen nicht unabhängig von der Bundeswehr formuliert hat. Eine eigene Kooperationsvereinbarung mit dem Schulministerium wird nicht angestrebt.

Darüber hinaus betrachtet das Netzwerk die Friedensbildung als Querschnittsaufgabe schulischer Bildung. Daher setzt es sich in der Öffentlichkeit sowie gegenüber den politischen Parteien und Entscheidungsträgern für die entsprechende Erweiterung und Anpassung der einzelnen Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien ein. Ebenso gilt es, Friedensbildung in die Lehreraus- und -fortbildung zu integrieren.